

KPÖ informiert:

www.kpoe-steiermark.at

Volksstimme-Landtagsinfoblatt – Juni/Juli 2010

Landtagsinformation aus erster Hand

Sitzungen vom 14/15. Juni 2010 und Sondersitzung 2. Juni



Keine Schließung von steirischen Spitälern!

Antrag von KPÖ-Klubobfrau Klimt-Weithaler im Landtag beschlossen. Verbesserung bei Ordinationszeiten wird bei Ambulanzen sparen.

SPÖ-Finanzstaatssekretär Andreas Schieder stellte die Schließung von Spitälern mit weniger als 300 Betten als Einsparungsmaßnahme in den Raum. In der Steiermark wären von dieser Maßnahme nicht weniger als 23 von 27 Landesspitälern betroffen. Die Folgen, welche die Abwicklung dieser Standorte für die Gesundheitsversorgung im gesamten Bundesland hätte, sind unabsehbar. Das betonte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler in der Landtagssitzung am 14. Juni und stellte den Antrag, der Landtag solle die Schließungspläne klar zurückweisen.

Mit dem Antrag bekennt sich der steirische Landtag zu

allen Spitalsstandorten. Der Beschluss kam einstimmig zustande.

Ein ähnlicher Konflikt um die Schließung der Chirurgischen Abteilungen in den LKHs in Bad Aussee und Mürzzuschlag endete im Juli 2009 mit Beschlüssen des Landtags, mit denen die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung dieser Standorte gegen die Stimmen der SPÖ und Teile der Grünen Fraktion gesichert wurden.

KPÖ-Klubobfrau Klimt-Weithaler: „Der verwirrende Zick-Zack-Kurs in der Gesundheitspolitik war und ist von beinahe täglich wechselnden, einander



widersprechenden Botschaften geprägt. Die bestehenden Standorte sollen weitergeführt werden

und ihr Leistungsspektrum sorgsam weiterentwickelt werden.“

Sozialhilferechner Steiermark 
Haben Sie Anspruch auf Sozialhilfe? Überprüfen Sie Ihre Ansprüche mit dem neuen Sozialhilferechner der KPÖ unter <http://www.sozialhilferechner.at>

Platz für Adressaufkleber
Österreichische Post AG / Sponsoring.Post • BenachrichtigungsPA
8020 Graz VNr: 07Z037205

Behinderte müssen sechs Monate auf Behördenentscheidung warten SPÖ und ÖVP weigern sich, Frist zu verkürzen

Bei Lohnkostenzuschüssen müssen Menschen mit Behinderung monatelange Wartezeiten bis zu einem halben Jahr in Kauf nehmen. Das schreckt Firmen, die bereit sind, Behinderte einzustellen, oft ab.

Da es keinen nachvollziehbaren Grund gibt, warum es dafür eine so lange Frist gibt, ist eine raschere Erledigung dieser Anträge zumutbar.

Daher schlug KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler vor, eine Verkürzung der Entscheidungsfristen in erster Instanz auf drei Monate zu beschließen.

SPÖ und ÖVP stimmten trotzdem gegen diesen Antrag, da die Regierungsparteien der Meinung sind, man müsse vorher Studien durchführen, ob das auch machbar sei.

Kostenlose Mobilität statt Fahrpreise!

Steirische KPÖ möchte sinnvolle Weichenstellung in Verkehrspolitik

Die belgische Stadt Hasselt hat im Jahr 1996 den Nulltarif bei ihren öffentlichen Verkehrsmitteln eingeführt. Seitdem sind die Fahrgastzahlen sprunghaft angestiegen – von 360.000 auf 4,5 Millionen.

Diese Zahl macht deutlich, welches enorme Potenzial in dieser Idee liegt. Die Möglichkeit, Bahn, Busse und Straßenbahn gratis zu benutzen, würde zu einer massiven Verhaltensänderung führen. In der Steiermark werden derzeit 90 Prozent der PKW-Fahrleistung durch Wege verursacht, die in der Steiermark beginnen und/oder enden. 32 Prozent der Wege sind beruflich bedingt. Der kostenlose Öffentliche Verkehr würde einen enormen Anreiz schaffen, die Mobilität umweltfreundlicher zu gestalten.

Wenn mehr Menschen die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen, ist dies nicht nur für Umwelt- und Klimaschutz sinnvoll, sondern hat auch positive wirtschaftliche Auswirkungen.

Laut Angaben des VCÖ verursacht alleine der PKW-Verkehr jährlich 19,6 Milliarden Euro an sogenannten „externen Kosten“, wie Umweltschäden, Unfälle, oder Staus. Diese Kosten, werden nicht von den Ver-

ursacherInnen, sondern von der Allgemeinheit getragen. Denn jeder PKW-Kilometer wird derzeit mit 41 Cent von der Allgemeinheit subventioniert, beim Öffentlichen Verkehr sind es dagegen nur 24 Cent.

Eine Finanzierung dieser Idee könnte durch eine Mobilitätsabgabe gesichert werden, die sich nach der Wertschöpfung bemisst. Ein Prozent der Brutto-Löhne und Gehälter und der Selbständigen-Einkommen sowie ein Prozent der Bruttoertragsüberschüsse hätte für das Jahr 2008 gerechnet Einnahmen von 2,8 Milliarden Euro bedeutet. Verzichtet man auf die Einnahmen von den Fahrgästen von Bus und Bahn, so würde das einen Finanzierungsbedarf von ca. 1,32 Milliarden Euro bedeuten.

Natürlich muss, damit dieses Konzept funktioniert, der Öffentliche Verkehr ausgebaut werden. Mit den Einnahmen aus der Mobilitätsabgabe könnte dies Schritt für Schritt erfolgen.

Vorbild Schweiz

In der Schweiz ist ein gut funktionierender Öffentlicher Verkehr ein deklariertes nationales Anliegen. So ist in der Schweiz gesetzlich verpflichtend vorgeschrieben, dass Siedlungsgebiete ab 100 Personen ganz-

jährig erschlossen sein müssen. Linien ab 32 Personen am Tag müssen mit mindestens vier Kurspaaren am Tag bedient werden. Vorgeschrieben ist auch, dass Linien im Stundentakt geführt werden müssen, wenn eine Strecke auf ihrem meistfrequentierten Teilstück mehr als 500 Fahrgäste pro Tag befördert. Und zwischen allen regionalen Zentren muss eine Verbindung im Halb-Stundentakt existieren. Davon können wir in Österreich nur träumen.

Für einen durchschnittlich verdienenden Arbeitnehmer mit 2.000 Euro brutto im Monat

würde die Abgabe monatlich 20 Euro betragen. Dafür könnten österreichweit alle Bahn-, Bus- und Straßenbahn-Verbindungen kostenlos benutzt werden. Das wäre nicht nur ökologisch, sondern auch sozial ein Sprung nach vorne. Denn derzeit gibt jeder Haushalt in Österreich durchschnittlich über 15% seiner Konsumausgaben für das Auto (oder die Autos) aus. Es ist gerecht, dass auch die Unternehmen diesen 1%-Anteil leisten, da gerade sie maßgebliche Verursacher wie Nutznießer der wachsenden Mobilität sind.



KPÖ-LABg. Renate Pacher: Konzept für kostenlosen Öffentlichen Verkehr.

Strom ist in der Steiermark viel zu teuer

SPÖ und ÖVP verhindern Änderungen im Energie-Gesetz



KPÖ-LABg. Werner Murgg

Das Land Steiermark besitzt knapp 75% Anteile an der Energie Steiermark AG. Trotz dieser Tatsache ist der Einfluss des Landes auf die Geschäftsführung des Konzerns, insbesondere die Tarifgestaltung – wie mehrere Dringliche Anfragen im Landtag gezeigt haben – äußerst gering. Zu den Hauptaufgaben des Landesenergieversorgers gehört die Versorgung der steirischen Haushalte mit günstiger Energie.

Um eine tatsächliche Einflussmöglichkeit des Landtages Steiermark und damit der demo-

kratisch gewählten Vertretung des Mehrheitseigentümers zu gewährleisten, müssen die Anteile des Landes Steiermark an der Energie Steiermark AG in eine vom Landtag unmittelbar zu kontrollierende Institution transferiert werden.

Eine Fondslösung entspricht diesen Anforderungen am besten und sichert eine zweckgebundene Verwendung der Dividendenerträge aus der Energie Steiermark für den notwendigen Umbau der Energieversorgung. Damit der Landtag beziehungsweise ein

zuständiger Ausschuss den Fonds kontrollieren kann, hat er die Eigentümerrechte wahrzunehmen (Kuratorium/Präsidium). Eine wesentliche Aufgabe des Fonds wird darin bestehen, den Steiermark-Tarif für steirische Haushalte – in Abstimmung mit der EdF – festzulegen. Dieser Tarif basiert auf dem Non-Profit-Modell.

Eine dementsprechende Gesetzesänderung brachte KPÖ-LABg. Werner Murgg am 15. Juni in den Landtag ein, stieß aber auf den vereinten Widerstand von SPÖ und ÖVP.

Änderung bei Ordinationszeiten könnte hohe Kosten sparen und Versorgung verbessern!

Die Steiermärkische Gebietskrankenkasse (GKK) hat steiermarkweit 602 AllgemeinmedizinerInnen und 326 FachärztInnen unter Vertrag.

Die immer höher werdenden Kosten im ambulanten Bereich sind alarmierend. Darauf wies LAbg. Ernest Kaltenegger in der Sitzung am 15. Juni hin.

Es liegt derzeit der Entwurf eines Bundesgesetzes vor, mit dem ermöglicht werden soll, Gruppenpraxen als GmbHs zu führen, um die prekäre Situation im ambulanten Bereich zu entschärfen. Diese Praxen sollen ähnlich wie Spitalsambulanzen längere durchgehende Öffnungszeiten haben, damit die

PatientInnen die Ordinationen aufsuchen können und nicht in die Ambulanzen gehen müssen. Bis zur Einrichtung von Gruppenpraxen wird allerdings viel Zeit vergehen.

Durch eine bessere Abstimmung der Öffnungszeiten könnte die jetzige Situation schon jetzt ohne weitere finanzielle Mittel und ohne großen bürokratischen Aufwand verbessert werden.

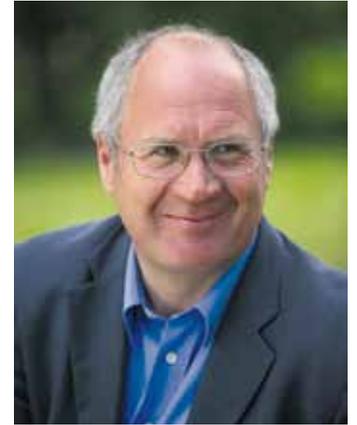
Die Steiermärkische Gebietskrankenkasse händigt seit Jahren ÄrztInnen einen Vertrag aus, welcher 20 Wochenstunden an fünf Wochentagen vorsieht, wobei an drei Vormittagen und zwei Nachmittagen nach 15:00 Uhr ordiniert werden muss, oder aber an einem Nachmittag und an einem Samstag die Praxis offen gehalten werden muss. Da es

diese Regelung ermöglicht, dass die meisten Ärzte die gleichen Ordinationszeiten wählen (nämlich Mo, Mi, Fr vormittags und Di, Do nachmittags), ist vielfach keine durchgehende ärztliche Versorgung gegeben.

In einem ersten Schritt sollte auf die Ärzteschaft unter Einbeziehung der Ärztekammer eingewirkt werden, ihre Öffnungszeiten besser aufeinander abzustimmen. Weiters sollte die GKK bei der Vergabe von Kassenverträgen auch die zeitliche Verteilung der Ordinationszeiten berücksichtigen bzw. im Rahmen der Kassenverträge die individuelle Anpassung der Ordinationszeiten an das bereits bestehende Angebot im räumlichen Nahebereich mitbestimmen.

„Mit dieser kurzfristigen

und kostenneutralen Maßnahme könnte relativ rasch eine spürbare Entlastung der Spitalsambulanzen erzielt werden.“, so Kaltenegger.



KPÖ-LAbg. Ernest Kaltenegger

„Beschluss der Glücksspiel-Novelle ist skandalös“

KPÖ befürchtet katastrophale Entwicklung –

LAbg. Kaltenegger für Ausstieg der Steiermark aus „Kleinem Glücksspiel“

Als skandalös bezeichnet der steirische KPÖ-LAbg. Ernest Kaltenegger den Beschluss der Glücksspielnovelle durch den Nationalrat.

Kritiker haben minutiös die Mängel der Gesetzesvorlage aufgezeigt und darauf hingewiesen, dass sich durch die wesentlich höheren Einsätze und die (mit den Lottoterminals) noch höhere Dichte an Spielautomaten die bereits jetzt gewaltigen Probleme im Zusammenhang mit der Spielsucht noch drastisch verschärfen werden.

Seit 2006 kämpft die steirische KPÖ gegen die ausufernde Automatenflut und das Geschäft mit der Spielsucht. 11.000 Unterschriften wurden LH Voves 2007 überreicht. Die SPÖ versprach, mit der KPÖ Verbesserungen zu beschließen. Die wichtigsten Forderungen waren und sind:

- **Verbot des Geldschiefeinzugs bei Spielautomaten**
- **Eine Erhöhung der Abgabe auf Automaten zumindest auf Wiener Niveau**
- **Einhaltung des Höchst-**

einsatzes von 50 Cent

Der Unterausschuss des Landtags, geleitet von einem Lobbyisten der Automatenwirtschaft, konnte sich bis heute zu keinem Landtagsbeschluss durchringen. Außer der KPÖ hat keine Fraktion je einen Antrag eingebracht. Die Vernichtung

von Existenzen, steigende Kriminalität und Suizidgefährdung im Zusammenhang mit Spielsucht werden einfach ignoriert.

Die Novelle des Bundesgesetzes wird die Problematik nun deutlich verschärfen, befürchtet KPÖ-LAbg. Ernest Kaltenegger. Bereits jetzt sind laut Suchtbe-

richt des Landes Steiermark über 60.000 bis 80.000 Menschen direkt oder indirekt von den Folgen der Spielsucht betroffen.

SPÖ und ÖVP verdienen viel Geld mit Inseraten der Novomatic in ihren Parteizeitungen, wichtige Funktionäre dieser Parteien haben enge Kontakte zum größten heimischen Automatenkonzern.

Ernest Kaltenegger: „Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass das Land viel Geld mit dem Kleinen Glücksspiel verdienen wird. Die Kosten für die Allgemeinheit sind wesentlich höher als die Einnahmen. In einer kanadische Studie wird aufgezeigt, dass jeder Spielsüchtige im Durchschnitt 50.000 Dollar an Kosten verursacht. Das Land darf sich das nicht gefallen lassen. Angesichts der vielen Nachteile des neuen Glücksspielgesetzes, das die Handschrift eines großen Glücksspielkonzerns trägt, treten wir für ein völliges Verbot der Spielautomaten in der Steiermark ein. Dann müssen die anderen Parteien Farbe bekennen.“



Protest gegen die Landespolitik. Mit einer Protestaktion gegen die Landespolitiker, die der Glücksspiellobby tatenlos beim Abkassieren zusehen – machte KPÖ-Landtagsabgeordneter Ernest Kaltenegger gemeinsam mit Spielsucht-Geschädigten am Jakominiplatz auf die Probleme rund um die Spielsucht aufmerksam. „Wir werden den Kampf gegen diese Geschäftsmacherei weiterführen“, versprach er.

„Europa 2020“: Gewinne sind um 380 % gestiegen, Lohnquote ist gesunken

LAbg. Renate Pacher: „Abkehr vom Neoliberalismus ist in der EU nicht möglich“

2010 läuft die im Jahr 2000 beschlossene „Lissabon-Strategie“ der EU aus. Ziel war es, die EU innerhalb von 10 Jahren zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Wie wir alle wissen, sieht die Wirklichkeit ganz anders aus.

In den vergangenen Jahren wurde in Europa die Wirtschaft und die Gesellschaft im neoliberalen Stil massiv umgebaut. Der Privatisierungswahn hat weder vor den Industriebetrieben, noch vor dem Bildungswesen, der Gesundheitsversorgung oder den Pensionssystemen halt gemacht. Die Vermögen und Gewinne sind rasant gestiegen, während die Löhne und Gehälter massiv gesunken sind und soziale Errungenschaften zurückgefahren wurden.

So sind allein in Österreich die Gewinne der 30 größten Unternehmen im ATX in den Jahren 2002 bis 2006 um 380 Prozent gestiegen. Die Lohnquote hingegen ist seit dem EU-Beitritt massiv gesunken. Von 62 Prozent im Jahr 1995 auf 55 Prozent im Jahr 2008. Gleichzeitig wurden alle Regelungen und Beschränkungen des Finanzmarktes schrittweise abgebaut und eliminiert.

Krise macht Österreichs Reiche massiv reicher

Wie die APA meldet, ist trotz der schlimmsten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten die Zahl der österreichischen Euro-Millionäre im vergangenen Jahr um 11 Prozent auf 68.900 Personen gewachsen. Diese Personen machen weniger als ein Prozent der Wohnbevölkerung aus, sie besitzen aber ein Drittel des gesamten privaten Finanzvermögens – genauso viel wie jene 90 % der Bevölkerung, die nicht zu den Wohlhabenden und Reichen zählen. „Aufsteiger des Jahres“ unter den Superreichen ist mit 3,7 Milliarden Euro der Novomatic-Eigentümer Johann F. Graf, der sein Geld vor allem der staatlich geförderten Spielsucht zu verdanken hat.

Die Lissabon-Strategie ist gescheitert. Dieses neoliberale kapitalistische System ist in einer tiefen Krise. Die Arbeitslosigkeit explodiert. Bereits 20 Prozent aller Jugendlichen innerhalb der EU sind ohne Job. Mit Milliardenbeträgen wurden die Banken gerettet, ohne dass neue Regelungen und Beschränkungen des Finanzmarktes eingeführt wurden.

Mit weiteren unvorstellbaren 750 Milliarden soll nun der Euro gerettet werden. Bezahlen allerdings sollen nicht die Verursacher der Krise, sondern die breite Masse der Bevölkerung. Nun soll in den nächsten Tagen die Nachfolgestrategie „Europa 2020“ beschlossen werden. Im vorliegenden Vierteljahresbericht wird über die vielen schönen Ziele informiert, die erreicht werden sollen „Armutsbekämpfung“, „Erreichen der Klimaziele“, „Mehr Geld für Forschung und Entwicklung“. Es soll eine Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und ausgeprägtem sozialen und territorialen Zusammenhalt gefördert werden. So steht es zumindest auf dem Papier.

Wie die Wirklichkeit sein wird, lassen die Entwicklungen der letzten Monate erahnen. Die Notlage Griechenlands wird benutzt um eine neue Offensive des Neoliberalismus in Europa zu starten. – Was erleben wir derzeit in Griechenland? Sparprogramme, Streichung von Sozialleistungen, Lohnkürzungen, eine neue Privatisierungswelle, und eine Regierung, die praktisch unter der Aufsicht der EU steht und die laufende Massenbelastungen beschließen muss, während die Reichen geschont werden. Eine Regierung, die darauf achten muss, dass die Staatschulden, die bei deutschen und französischen Banken aufgenommen wurden, pünktlich bezahlt werden, während die eigene Bevölkerung immer mehr verarmt. Eine Regierung, die auf Geheiß von Deutschland und Frankreich immer neue Rüstungsgüter kaufen muss.

Denn wie der Standard berichtet hat, haben Deutschland

und Frankreich ihre Zustimmung zu den Griechenland-Krediten vom Abschluss milliardenschwerer Rüstungsaufträge für deutsche und französische Firmen abhängig gemacht. So landen die Milliarden, die die europäischen SteuerzahlerInnen aufbringen müssen gleich wieder auf den Konten der Banken und Rüstungsfirmen.

Es sind die Banken, die zuvor mit Milliarden an Steuergeld gerettet wurden, und die dann gegen Griechenland und den Euro spekuliert haben, Und am genannten Euroschutzschirm, der ja auch durch Kreditaufnahmen finanziert wird, verdienen sie dann wieder. Das alles erleben wir nun am Fall Griechenland. Und das blüht auch den Menschen in den anderen europäischen Staaten Denn die Milliarden-Hilfen müssen finanziert werden. Und nachdem Vermögen und Gewinne wie eine heilige Kuh geschützt werden, soll die Bevölkerung bluten.

Die Regierungen aller EU-Staaten basteln schon an großen Belastungspaketen für die Bevölkerung. Es ist wirklich absurd: Der Neoliberalismus hat die größte Wirtschaftskrise seit den 30-Jahren ausgelöst – und als Antwort darauf wird von den politischen Eliten ein noch radikalerer Neoliberalismus verordnet: weitere Privatisierung, Lohnsenkungen, Sozialabbau und Sparprogramme.

In Strategien wie Europa 2020 finden sich schöne Worte. Die Realität aber zeigt, was die EU in Wahrheit ist: Ein neoliberales Projekt im Interesse der Konzerne und der Rüstungsindustrie. Und die Realität zeigt auch: Eine Abkehr vom Neoliberalismus wird es im Rahmen der EU nicht geben. Daher ist es hoch an der Zeit, die Diskussion über den Austritt aus der EU auf die Tagesordnung zu setzen.

Spekulanten zur Kasse, statt Steuern für die Masse!



Claudia Klimt-Weithaler

KPO wirkt!